

Kein Jubel über Zulassungsstopp

ÄRZTE Damit die Anzahl Spezialarztpraxen nicht in die Höhe schnell, verlangt der Bundesrat einen Zulassungsstopp. Dieser Plan kommt bei den Betroffenen nicht gut an. Heute läuft die Vernehmlassung für den Bundesratsvorschlag aus.

Die geplante Wiedereinführung des Zulassungsstopps für Spezialärzte stösst auf Widerstand. Gesundheitsminister Alain Berset will mit dem Zulassungsstopp als befristete Übergangslösung verhindern, dass zu viele Spezialisten eine eigene Arztpraxis eröffnen und dadurch hohe Kosten für die Krankenversicherung entstehen.

Gegenvorschlag der Chirurgen

Allen voran wehren sich die Betroffenen selbst. Die Schweizer Chirurginnen und Chirurgen (SGC) lehnen die Übergangslösung ab. Der Verband der Assistenz- und Oberärzte (VSAO) bezeichnet sie als Schnellschuss. Damit werde dem Nachwuchs die Chance auf die freie Praxistätigkeit genommen. Beide Verbände bestreiten das Risiko von zu vielen Spezialarztpraxen nicht, verfolgen aber einen anderen Lösungsansatz.

Die Chirurgen verlangen, dass erstens die Kantone die benötigte Anzahl von Spezialisten und Allgemeinmediziner definieren können und zweitens die Kandidaten klare Bedingungen erfüllen müssen, wie zum Beispiel die dreijährige Tätigkeit im Fachgebiet an einem Schweizer Spital. Auch der VSAO kann sich vorstellen, dass der Zulassung eine Tätigkeit in der Schweiz vorangehen soll.

Die Chirurgen unterstützen damit das Modell, das die Ärzteverbindung FMH und die Gesundheitsdirektoren der Kantone (GDK) ausgearbeitet haben. Gemäss diesem Modell können die Kantone die Verteilung steuern und dabei auch Teilpensen berücksichtigen, müssen aber auch die Versicherer und die Ärzteorganisationen anhören.

Die Kantone könnten ausserdem die Bedingung stellen, dass der Zulassung eine bis zu dreijährige Tätigkeit in der Schweiz vorangeht. Als Übergangslösung akzeptieren die Gesundheitsdirektoren den Vorschlag des Bundesrates, dieser müsse aber rasch durch das Modell abgelöst werden, das die GDK und die Ärzteverbindung FMH ausgearbeitet haben.

FMH-Präsident Jacques de Haller bedauert, dass der Bundesrat dieses Modell nicht direkt aufgegriffen hat und stattdessen auf eine Lösung zurückgreift, die sich in vergangenen Jahren als ungeeignet erwiesen habe. De Haller ist überzeugt, dass das GDK/FMH-Modell flexibler und besser ist.

Ziel: Vertragsfreiheit

Bei den Krankenkassen akzeptiert man den Zulassungsstopp als vorübergehende Notmassnahme, das teilen sowohl der Dachverband Santésuisse als auch die Allianz Schweizer Krankenversicherer mit. Glücklicherweise ist man aber nicht über diese Lösung. Sie räume den Kantonen zu grosse Kompetenzen ein, kritisiert Santésuisse.

Die Krankenversicherer müssten stärker einbezogen werden. Auf längere Sicht gelte es, allen Ärzten mit denselben Qualifikationen dieselben Marktchancen zuzugestehen. Der einzig richtige Weg sei die Aufhebung des Vertragszwangs zwischen Ärzten und Krankenversicherern. Das sieht auch Visana-Sprecher Christian Beusch so.

«Dann werden solche Hauruckübungen überflüssig», sagt er auf Anfrage. Der Internetvergleichsdienst Comparis.ch wiederum schlägt finanzielle Anreize als alternatives Regulierungsinstrument vor: Gibt es in einer Region viele Ärzte, sinken die Taxpunktwerte und damit die Einkünfte der Mediziner. Gibt es wenige Ärzte, steigen sie. Anstatt sturer Regeln würden so Anreize für die Ärzte gesetzt, und junge talentierte Ärzte könnten weiterhin eine Praxis eröffnen, ist Comparis überzeugt.

Parteien uneins

Bei den Parteien wurde der Bundesratsvorschlag kontrovers aufgenommen. Für die SP erfüllt der Vorschlag, den ihr Bundesrat vorlegt, ein berechtigtes Anliegen. Nach der temporären Lösung solle ein weitergehendes Regulierungssystem zur Anwendung kommen, so die SP. Die CVP sieht sich bestätigt. Bereits vor einiger Zeit hatte nämlich CVP-Nationalrätin Ruth Humbel (AG) die Wiedereinführung des Zulassungsstopps gefordert.

Ganz anders fällt das Urteil der FDP aus: Der Bundesratsvorschlag sei eine «intellektuelle Bankrotterklärung». Der Zickzackkurs halte junge Schweizerinnen und Schweizer vom Medizinstudium ab. Die FDP schlägt als Alternative die Vertragsfreiheit vor oder ebenfalls eine gewisse Arbeitserfahrung in der Schweiz als Bedingung für eine Zulassung. Die SVP weist die Vorlage zurück. Die erneute Aufnahme des Zulassungsstopps sei unbefriedigend. Vielmehr brauche es taugliche Zulassungs- und Begrenzungs-systeme, fordert die Partei, ohne in ihrer Stellungnahme solche anzuführen.

Brigitte Walser

VORSCHLAG DES BUNDESRATS

Zulassungsstopp Der Bundesrat fordert, dass die Kantone die Anzahl Spezialarztpraxen regulieren und einen Stopp verfügen, wenn die Zulassungen für Spezialärzte eine gewisse Anzahl übersteigt. Damit reagiert er auf den aktuellen Anstieg der Zahl der Spezialärzte. Bis Ende 2011 hatte für Spezialärzte ein Zulassungsstopp bereits bestanden.

Befristet auf drei Jahre will der Bundesrat dieses Instrument nächstes Jahr wieder einführen. In der Zwischenzeit will er eine Lösung ausarbeiten, die langfristig tragbar ist. Zum Zulassungsstopp führt der Bundesrat derzeit eine verkürzte Vernehmlassung durch. Für heute Montag hat er die Interessengruppe zu einer Anhörung eingeladen.